

# **Lösungsvorschläge**

für die kurdische Frage in der Türkei

**Abdullah Öcalan**

Dezember 2007

An die internationale Konferenz  
„EU, Türkei und die Kurden“  
Brüssel, Dezember 2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

allen Anstrengungen, die kurdische Frage auf demokratischem Wege zu lösen und einen dauerhaften Frieden zu ermöglichen, messe ich große Bedeutung bei und begrüße sie ausdrücklich. Im Wissen um meine historische Verantwortung Ihnen und meinem Volk gegenüber möchte ich meine eigenen Überlegungen zu einer Lösung in Grundzügen kundtun.

Die kurdische Frage ist eines der brennendsten und kompliziertesten Probleme des Mittleren Ostens. Der Grund dafür liegt in ihrer Entstehungsgeschichte. Solange die Frage nicht in der richtigen Weise gestellt wird, wird sie immer komplizierter werden und zwangsläufig eine Fülle von neuen Problemen mit sich bringen, wie dies schon in der Vergangenheit der Fall war.

Die kurdische Frage ist weitreichender und verwickelter als die arabisch-israelische Frage, die heute auf der Tagesordnung der Welt ganz oben steht. Dass sie bis heute nicht vollständig aufs Tapet gebracht worden ist, hat bisher eine Reihe von Fehlern und Mängeln in der Analyse mit sich gebracht. Ihre strategische Schlüsselstellung in Hinblick auf die demografischen, geografischen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse der Region macht sie so gravierend und so kompliziert. Dass die Kurden unter den drei großen Gruppen der Araber, Perser und Türken aufgeteilt sind, führt automatisch zu einer regionalen Bedeutung der Frage. Eine Lösung in einem Teil erhöht wie in einer Kettenreaktion den Druck für eine Lösung in den anderen Ländern und Teilen Kurdistans. Entsprechendes gilt für die Blockade einer Lösung.

Da es Syrien, dem Irak und dem Iran, vor allem aber der Türkei nicht gelungen ist, ihre klassischen Haltungen gegenüber der Frage zu revidieren, konnte es bisher nicht zu einer Lösung kommen, was wiederum zu großen Tragödien geführt hat. Dass alle Kanäle für eine Lösung der kurdischen Frage versperrt wurden, hat dazu geführt, dass zur letzten Option, der Gewalt gegriffen wurde. Der Grund für die Konflikte der letzten 25 Jahre in der Türkei war deren Politik der Verleugnung und Vernichtung. Da diese Politik nicht rechtzeitig aufgegeben wurde, verloren mehr als 30.000 Menschen ihr Leben, wurden Tausende Dörfer niedergebrannt, Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, Tausende „Morde unbekannter Täter“ verübt, die Wirtschaft der Türkei erlitt Milliardenverluste. Beide Seiten haben großes Leid erfahren. Ein derartig umfassender Komplex kann unmöglich auf „Terrorismus“ reduziert werden. In Wahrheit hat ein mittelschwerer Krieg stattgefunden. Es ist notwendig, diese Tatsache, die beteiligten Parteien, die zugrunde liegenden gesellschaftlichen, nationalen und politischen Ursachen zu betrachten und so zu einer realistischen Einschätzung und angemessenen Konsequenzen zu gelangen.

Die Frage von Krieg und Frieden in der Türkei reicht über die kurdische Frage hinaus. Dies zeigt sich sowohl in ihrer langen Historie als auch in den sozialen, religiösen und ethnischen Konflikten der letzten dreißig Jahre. So sehr sich die oligarchische Führung der Republik mit ihrer offiziellen Ideologie auch bemüht hat, der gesamten Gesellschaft mit Gewalt ein einfarbiges Tuch überzuziehen – es ist ihr nicht gelungen. Die Widersprüche und Konflikte haben dieses Tuch zerrissen.

Der Geist der Republikgründung war eine strategische Allianz zwischen Türken und Kurden. Die Unfähigkeit, diese Allianz der heutigen Phase des demokratischen Aufbaus gemäß zu erneuern, liegt der

kurdischen Frage in der Türkei zugrunde. Die Geschichte ist voll mit Beispielen für türkisch-kurdische Allianzen. Sultan Alp Arslan konnte erst durch eine kurdisch-türkische Allianz nach Anatolien vordringen. Sultan Selim I. erhob durch diese Allianz sein Reich in den Rang eines Weltreichs. Mustafa Kemal gründete durch diese Allianz die Republik. Warum sollten wir die Essenz dieser drei Allianzen nicht an die heutige Zeit anpassen? Kurden und Türken sollten auch heute diese tausendjährige Allianz schmieden. Wenn wir erkennen, dass weder der chauvinistische türkische Nationalismus noch der primitive kurdische Nationalismus eine Lösung bieten können, dann werden wir aufbauend auf die Demokratie eine Basis für die demokratische Entwicklung des gesamten Mittleren Ostens erschaffen. Eine strategische Partnerschaft kann jedoch nur dann zustande kommen, wenn die Begegnung zwischen Kurden und Türken auf Augenhöhe stattfindet. Daher müssen die Beziehungen auf demokratische Weise neu geregelt werden.

So gesehen ist ein Frieden mit den Kurden unausweichlich. Es ist nicht vorstellbar, dass ein Beharren auf Krieg etwas anderes als Pyrrhussiege zustande bringen könnte. Daher ist es so nötig wie realistisch, den Frieden in diesem Krieg, der schon zu lange andauert, auf die Tagesordnung zu setzen. Es liegt im Interesse des Staates, dem Vorbild vieler zeitgenössischer Staaten zu folgen und die entsprechenden Schritte zu tun. Die Kurden wollen lediglich Respekt vor ihrer Existenz, Freiheit für ihre Kultur und ein vollständig demokratisches System. Eine humanere und bescheidenere Lösung ist nicht denkbar.

Die Prozesse in Südafrika, Palästina/Israel, England/Wales/Nordirland/Schottland und Frankreich/Korsika zeigen nicht nur, wie verschiedene moderne Staaten ähnliche Probleme in ihrer Geschichte gehandhabt und gelöst haben und wie bedeutend diese Lösungen für sie sind. Darüber hinaus helfen uns Vergleiche mit den dortigen Erfahrungen, die eigenen Probleme objektiver zu betrachten.

Die Abkehr von der Gewalt als Mittel zur Lösung der kurdischen Frage und die teilweise Überwindung der repressiven Politik der Verleugnung hängen eng mit dem Offenhalten einer demokratischen Option zusammen. Das Lehr- und Sendeverbot für die kurdische Sprache und Kultur ist selbst eine Form von Terror und lädt gewissermaßen ständig zur Gegengewalt ein. Gewalt ist von beiden Seiten unkontrolliert und in einem Maße angewandt worden, das die legitime Selbstverteidigung bei weitem übersteigt. Es ist bekannt, dass viele Bewegungen heute zu noch extremeren Methoden greifen. Dass wir hingegen mehrfach einseitige Waffenstillstände ausgerufen haben und überwiegend außerhalb der Grenzen in einer Position der legitimen Selbstverteidigung stationiert sind, widerlegt den Vorwurf des Terrorismus. Unsere langjährigen Friedensbemühungen werden seit Jahren ignoriert. Keine unserer Initiativen fand Widerhall. Selbst unsere Freunde, die wir als Botschafter des Friedens gesandt haben, wurden verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Es gibt einige Gründe dafür, dass unsere Initiativen erfolglos geblieben sind. Sie wurden uns stets als Schwäche ausgelegt. Jedes Mal wurde die Propaganda verbreitet, die PKK und Öcalan seien so gut wie am Ende und benutzten diese Initiativen nur als Taktik. Wenn man die PKK noch ein wenig härter angehe, werde sie zerfallen. Entsprechend wurde gehandelt, es gab heftige Angriffe. Doch niemals erzielte man den gewünschten Erfolg. Es ist nicht möglich, die kurdische Frage mit Gewalt zu lösen. Daher war die Bewertung als „Schwäche“ eine ganz falsche Einschätzung. Diese falsche Einschätzung ist auch jeweils für den Misserfolg mitverantwortlich.

Diese Haltung hatte auch großen Anteil am Scheitern des Waffenstillstands, der am 1. Oktober 2006 in Kraft trat. Dieser Prozess, den ich in Antwort auf Erwartungen der Öffentlichkeit und Aufrufe von Intellektuellen und NGOs begonnen habe, wurde nicht ernst genommen, zum Scheitern gebracht und keine Initiativen für eine dauerhafte Lösung eingeleitet. Stattdessen war die Antwort ein Schüren des Rassismus und Chauvinismus in der Gesellschaft und eine Politik der Spannungen. Man darf nicht vergessen, dass es zum Stil der AKP gehört, Kompromisse mit der Armee zu schließen und auf eine Ver-

schärfung des Konflikts zu spekulieren. Die Regierung tut zurzeit nichts weiter, als durch palliative Maßnahmen der EU Zugeständnisse abzurufen. Zweck der im Zuge des EU-Beitrittsprozesses verabschiedeten Harmonisierungsgesetze ist es, das Gesicht zu wahren und Zeit zu gewinnen. Darüber hinaus gibt es keine ernsthaften Schritte.

Ein weiteres Mal möchte ich meine äußerste Besorgnis wegen des andauernden Konflikts und seiner Resultate zum Ausdruck bringen. Jedoch möchte ich betonen, dass ich die Hoffnung auf einen Friedensprozess nicht verloren habe. Trotz meine schwierigen Bedingungen und meiner gesundheitlichen Probleme setze ich meine Bemühungen fort, mahne weiter und produziere Lösungsvorschläge. Das sollte gewürdigt werden. Wenn unsere Friedensbemühungen aufgegriffen und beantwortet werden, kann daraus der Aufbau einer demokratischen Republik werden. Dann könnten die Begeisterung, die Dynamik und die Einheit ihrer Gründungsjahre wieder aktiviert werden.

Die Lösung, die ich der Gesellschaft der Türkei und allen, die sensibel und verantwortungsbewusst sind, anbiete, ist ganz einfach. Wir wollen eine demokratische Nation. Wir haben nichts gegen den unitären Staat und die Republik. Wir akzeptieren die Republik, ihre unitäre Staatsstruktur und den Laizismus. Aber wir glauben, dass man den demokratischen Staat im Rahmen des Respekts vor Völkern, Kulturen und Rechten neu definieren muss. Durch diese Definition sollte den Kurden eine demokratische Organisation möglich werden, durch die sie sich unter anderem auf den Feldern Kultur, Sprache, Wirtschaft, Umwelt entfalten können. Kurden, Türken und die anderen Kulturen bilden dann alle gemeinsam die *Demokratische Nation Türkei*. Dies ist nur durch einen demokratischen Nationenbegriff, eine demokratische Verfassung und durch eine fortgeschrittene, multikulturelle Rechtsordnung möglich. Für unser Verständnis einer demokratischen Nation stellen Flaggen und Grenzen kein Problem dar. Unsere Auffassung einer demokratischen Nation beinhaltet das Modell einer auf Demokratie basierenden Nation im Gegensatz zu einer auf einem Staat basierenden Nation. Die *Nation Türkei* muss als so definiert werden, dass sie alle ethnischen Gruppen umfasst. Gemeint ist ein Nationenmodell, das nicht auf Türken beruht, auch nicht auf Religion oder Rasse, sondern auf den Menschenrechten. Wir gehen vom Begriff einer *demokratischen Nation* aus, der alle Ethnien und Kulturen in sich versammelt.

Meine Auffassung vom kurdischen Befreiungskampf ist die folgende: Eine Staatsgründung kann keine Freiheit bringen. Ich glaube nicht, dass die Kurden sich befreien können, indem sie zu einem Staat werden. Sowohl aus philosophischen und politischen Gründen als auch wegen der gegebenen, aktuellen politischen Bedingungen kann es tragische Auswirkungen haben, nach kurdischer Staatlichkeit zu streben. Staat bedeutet Unterdrückung. Daher interpretiere ich das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts anders als meine Vorgänger: Dieses Recht ist das Recht, eine eigene Demokratie und eigene nichtstaatliche Administrationen aufzubauen. Es ist das Recht staatenloser Gesellschaften, alle Probleme selbst zu diskutieren und zu entscheiden, das Recht, ein Modell aufzubauen, um in Dörfern, Vierteln und Städten die eigenen Probleme zu diskutieren und Lösungen zu beschließen. Dies können wir auch als *demokratische Autonomie* bezeichnen. Von einem Staat halte ich nichts, ich beabsichtige keine Staatsgründung. Ich strebe nach Demokratie. Auch für das kurdische Volk ist Demokratie notwendig. Daher schlage ich für die Kurden ein *Demokratisches Autonomes Kurdistan* vor. Für mich ist die Freiheit der Kurden innerhalb der bestehenden Grenzen und Staaten entscheidend. Demokratische Autonomie hat kein Problem mit dem Staat und seinen Grenzen. Man kann sie sich als eine Struktur vorstellen, in der das Lokale innerhalb des Staates seinen Ausdruck findet und in der die Kurden ihre Forderungen selbst, außerhalb der staatlichen Institutionen erfüllen. Dieses Modell enthält gleichzeitig das Ziel einer Demokratisierung, die sich gegen die inneren Spannungen der Kurden und ihre feudalen Relikte richtet.

Vor diesem gedanklichen und philosophischen Hintergrund unterbreite ich einmal mehr meine konkreten Lösungsvorschläge dieser Konferenz, auf der über die kurdische Frage diskutiert und nach Lösungen gesucht wird.

1. Die kurdische Frage sollte als grundlegende Frage der Demokratisierung behandelt werden, die kurdische Identität sollte gesetzlich und verfassungsmäßig garantiert werden. Ein bloßer Artikel in der neuen Verfassung mit dem Wortlaut „Die Verfassung der türkischen Republik erkennt die Existenz und den Ausdruck aller Kulturen auf demokratische Weise an“ würde diese Forderung bereits erfüllen.
2. Linguistische und kulturelle Rechte sollten gesetzlichen Schutz erhalten. Es sollte keine Beschränkung für Radio, Fernsehen und Presse geben. Kurdische und anderssprachige Sendungen sollten denselben Regeln und Institutionen unterliegen wie türkische Radio- und Fernsehsendungen. Auch für kulturelle Aktivitäten sollten die gleichen Gesetze und Prozeduren gelten.
3. Kurdisch sollte als Schulsprache in Grundschulen Verwendung finden. Jeder, der dies möchte, sollte sein Kind auf solchen Schulen einschulen können. Auf Gymnasien sollten Unterrichtseinheiten über kurdische Kultur, Sprache und Literatur als Wahlfach angeboten werden. An Universitäten hingegen sollten Institute für kurdische Sprache, Literatur, Kultur und Geschichte eingerichtet werden.
4. Alle Hindernisse für die Meinungs- und Organisationsfreiheit sollten aufgehoben und sämtliche Bedingungen für freie politische Betätigung geschaffen werden. Auch bei Themen, die die kurdische Frage berühren, müssen diese Freiheiten ohne Einschränkungen gelten.
5. Die Parteien- und Wahlgesetze sollten demokratisiert werden und so garantiert werden, dass das kurdische Volk und alle demokratischen Kräfte sich nach eigenem Willen an der demokratischen Willensbildung beteiligen können.
6. Durch die Verabschiedung eines demokratischen Kommunalverwaltungsgesetzes sollte die Demokratie vertieft und ausgeweitet werden.
7. Das Dorfschützersystem und die illegitimen Banden, die sich im Staat eingenistet haben, müssen aufgelöst werden.
8. Die Rückkehr der während des Krieges aus ihren Dörfern unter Zwang vertriebenen Bewohner sollte erlaubt werden. Dafür sind die notwendigen administrativen, rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen zu treffen. Daneben sollte eine Kampagne für wirtschaftliche Entwicklung gestartet und das Wohlstandsniveau der Kurden durch Anreize und andere Maßnahmen gehoben werden.
9. Es sollte ein *Gesetz für gesellschaftlichen Frieden und demokratische Beteiligung* verabschiedet werden. Durch dieses Gesetz sollte den Mitgliedern der Guerilla, den Inhaftierten und allen, die ins Exil gehen mussten, ohne Vorbedingungen die Teilnahme am demokratischen, politischen Leben ermöglicht werden.

Wir müssen auch über sofortige Maßnahmen auf dem Weg zu einer Lösung sprechen. Ein *Demokratischer Aktionsplan* kann sofort implementiert werden. Ich halte es für besonders wichtig, dass *Wahrheits- und Gerechtigkeitskommissionen* aufgebaut werden. Wir sollten die auf beiden Seiten gemachten Fehler offen legen, zugeben und die Wahrheit herausfinden. Nur so kann eine Verständigung erreicht werden. In Momenten, wo Staaten und Organisationen nicht weiterkommen, treten die Intellektuellen auf den Plan. In verschiedenen Ländern auf der Welt wie Südafrika, Nordirland und Sierra Leone gibt es derar-

tige Erfahrungen. Sie übernehmen eine Art Schiedsrichterfunktion und zwingen beide Seiten auf gerechte Weise zum Frieden, zu einer Lösung. In solchen Kommissionen können Intellektuelle, Experten von Anwalts- und Ärztekammern und Wissenschaftler von Universitäten vertreten sein. Wenn wir an den Punkt des Niederlegens der Waffen kommen, so können die Waffen nur einer solchen Kommission übergeben werden. Eine solche Kommission sollte für Gerechtigkeit sorgen und Gerechtigkeit versprechen. Denn wem sollen wir die Waffen abgeben, wenn es keine Gerechtigkeit gibt?

Der Beginn eines solchen praktischen Prozesses hängt vom Willen dazu und vom Dialog ab. Wenn es einen Dialog gibt, können wir einen Prozess ähnlich dem vorherigen unbefristeten Waffenstillstand einleiten. Ich erkläre ein weiteres Mal, dass ich in diesem Zusammenhang bereit bin, das Meinige zu tun. Ich kann die dafür nötige Entschlossenheit aufbringen. Die Regierung dagegen steht vor der Aufgabe, sich aufrichtiger als bisher zu verhalten und die Initiative zu ergreifen. Wenn sie nicht das Ihrige tut, wird in erster Linie sie für alles Negative verantwortlich sein, das nach diesem Prozess geschieht.

Wenn die Bemühungen um eine friedliche Lösung scheitern und die Friedensbemühungen der Tagespolitik, Machtkämpfen und Profitstreben geopfert werden, dann wird sich die Situation gegenüber heute noch einmal massiv verschlimmern. Dann entsteht ein Chaos, das uns alle verschlingen wird. Angesichts dieser Gefahr sollte man mit dem nötigen Verantwortungsbewusstsein an diesen Prozess herangehen.

Die Türkei muss endlich die Fähigkeit aufbringen, ihre eigene Realität, die kurdische Realität und die globalen Dynamiken zu erkennen und richtig zu analysieren. Jeder Staat, der sich der Realität verweigert, wird unweigerlich in eine Krise rutschen. Damit man in der Türkei als einem demokratischen und gerechten Land leben kann, muss man auf den Wunsch der Kurden nach Freiheit reagieren und der Tatsache ins Auge sehen, dass Gerechtigkeit und Freiheit nur existieren können, wenn sie gleich verteilt sind. Entscheidend ist letztlich, dass mutige Schritte unternommen werden, um dieses Land erfolgreich in einen dauerhaften Frieden zu führen.

Abdullah Öcalan

Einpersonengefängnis İmralı